

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

Liberale Politik für den Main-Kinzig-Kreis

Wahlprogramm der FDP Main-Kinzig für die Legislaturperiode 2011 bis 2016

Beschlossen auf dem Kreisparteitag der FDP Main-Kinzig am 19. Februar 2011 in Schlüchtern

1 **Unsere Kernforderungen für die Wahlperiode 2011 – 2016**

2
3 Die Liberalen wollen den politischen Wechsel im Main-Kinzig-Kreis erreichen. Die
4 große Koalition hat abgewirtschaftet. Für die kommende Legislaturperiode nehmen
5 wir uns als wichtigste Ziele vor:

- 6
7 • Wir streben eine Konsolidierung des Kreishaushaltes an, bei der wir alle Aus-
8 gaben auf den Prüfstand stellen und in allen Politikbereichen konsequent spa-
9 ren.
- 10
11 • Wir setzen uns für eine Fusion der Sparkassen im Main-Kinzig-Kreis ein.
- 12
13 • Wir treten für den Verkauf der kommunalen Anteile an der Main-Kinzig-Gas
14 GmbH ein und lehnen eine Rekommunalisierung von Versorgungsunterneh-
15 men im Kreis ab.
- 16
17 • Wir fordern eine gemeinsame langfristige Schulentwicklungsplanung für den
18 Main-Kinzig-Kreis und die Stadt Hanau, in der alle Schulformen gemäß dem
19 Elternwillen angemessen berücksichtigt werden.
- 20
21 • Wir setzen uns für eine zwischen Kreis und Kommunen abgestimmte Planung
22 von Vorrangflächen für Windkraftanlagen ein.
- 23
24 • Wir streben eine Kooperation der Main-Kinzig-Kliniken und der Krankenhäu-
25 ser in Hanau an und setzen uns für ein ausgewogenes Angebot an Haus- und
26 Fachärzten im gesamten Kreisgebiet ein.
- 27
28 • Wir wollen im Kreis eine Verkehrsinfrastruktur, die den Bürgern die notwendi-
29 ge Mobilität im Individualverkehr und im öffentlichen Personenverkehr ermög-
30 licht.

1	Inhalt	
2		
3		
4	1. Die FDP will eine Neuausrichtung der Kreispolitik nach der Stagnation	
5	der Großen Koalition	4
6	2. Gemeinschaftliches Handeln von Kreis und Kommunen	6
7	3. Finanz-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik.....	8
8	3.1. Konsolidierung des Haushaltes	8
9	3.2. Langfristige Sicherung der Kreiseinnahmen	10
10	3.3. Schwerpunkte kommunaler Wirtschaftsförderung	11
11	3.4. Förderung des lokalen Handwerkes	12
12	3.5. Dienstleistung der Öffentlichen Hand	13
13	3.6. Sparsame Verwaltung	13
14	3.7. Zukunft der Sparkassen im Kreis.....	14
15	4. Wohnen und Verkehr.....	15
16	4.1. Regionalentwicklung für und mit den Bürgern	15
17	4.2. Sicherung des Straßennetzes	15
18	4.3. Entlastung vom Durchgangsverkehr	16
19	4.4. .Verbesserung des ÖPNV	16
20	4.5. Ausbau der überregionalen Verkehrsverbindungen	17
21	4.6. Demografischer Wandel	18
22	5. Kinder-, Jugend- und Sozialpolitik	20
23	5.1. Hilfe zur Selbsthilfe	20
24	5.2. Sozialpolitik und Hartz IV	20
25	5.3. Ausbildungsplätze und Arbeitslosigkeit.....	21
26	5.4. Gesundheitspolitik	21
27	5.5. Integrationspolitik.....	22
28	5.6. Seniorenpolitik	22
29	6. Schul-, Bildungs- und Kulturpolitik	24
30	6.1. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Familie Hand in Hand	24
31	6.2. Entwicklungsplanung für die Schulen	24
32	6.3. Schulbau.....	27
33	6.4. Kulturförderung.....	27
34	6.5. Ansiedlung von Berufsakademien vorantreiben	28
35	7. Freizeit, Erholung und Sport	29
36	8. Umwelt	30
37	9. Ver- und Entsorgung.....	31
38	9.1. Wasserwirtschaft	31
39	9.2. Abfallwirtschaft.....	31
40	9.3. Energieversorgung	32
41	9.4. Hochwasserschutz.....	32
42	10. Sicherheit	34
43		
44		

1. Die FDP will eine Neuausrichtung der Kreispolitik nach der Stagnation der Großen Koalition

Die FDP im Main-Kinzig-Kreis und in Hessen ist die verlässliche politische Kraft, auf deren Wort sich die Bürger verlassen können. Im Kreistag und überall dort, wo die Liberalen im Main-Kinzig-Kreis in den Gemeinden aktiv sind, haben sie mit ihren Initiativen belegt, dass sie für verantwortungsvolle Politik stehen, die sparsam mit den Steuern der Bürgern umgehen und die Freiheitsrechte der Bürger achten. Mit zahlreichen Anträgen hat die Kreistagsfraktion ihren Sachverstand bewiesen und die Fehler und Versäumnisse der großen Koalition aufgedeckt. Die FDP Main-Kinzig will auch im neuen Kreistag als innovative Kraft zur weiteren Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Menschen im gesamten Kreis beitragen.

Dazu ist ein grundsätzlicher Politikwandel erforderlich, weg von der Verwaltung des Status Quo, die sich wie ein lähmender Schleier in den letzten Jahren über die Kreispolitik gelegt hat, hin zu einer gezielten Förderung der Chancen des Kreises und Bewältigung der Probleme. Mit ihren kompetenten Kandidaten und dem Sachverstand ihrer kommunalpolitischen Erfahrung bietet die FDP ein Angebot für alle Bürger.

Der seit zwei Jahrzehnten regierenden Großen Koalition sind die inhaltlichen Gemeinsamkeiten ausgegangen. Im Kreistag überbieten sich beide Parteien darin, sich gegenseitig mit Anträgen zu bekämpfen. Der letzte Kitt dieser Koalition ist das gemeinsame Verteilen von Posten und Pfründen. Oberstes Ziel der FDP bei der Kreistagswahl 2011 ist es deshalb, die vor sich hin dümpelnde und innerlich völlig zerstrittene Große Koalition durch eine handlungsfähige Koalition der Mitte zu überwinden, in der sie maßgeblich mit gestalten kann.

Eine Koalition der Mitte ist für die FDP kein Selbstzweck, sondern zwingende Notwendigkeit, um im Main-Kinzig-Kreis die vielfältigen Chancen zu nutzen und die großen Herausforderungen zu meistern. Die FDP will die verfehlte Politik der vergangenen Jahre korrigieren:

- Die FDP wird sich für eine grundsätzliche und dauerhafte Konsolidierung des Kreishaushaltes einsetzen. Weder CDU noch SPD haben mit konkreten Ansätzen aufgezeigt, wie die Haushaltskonsolidierung erreicht werden kann. Statt zu sparen werden Schulden angehäuft, weitere Aufgaben auf die Gemeinden abgewälzt oder die Gemeinden zur Finanzierung von Kreisaufgaben herangezogen und damit den Gemeinden im Kreis die finanzielle Luft abgedreht.
- Die FDP möchte politische Sachentscheidungen in den Mittelpunkt des Handelns rücken. Die Große Koalition hat durch die Konzentration auf die gegenseitige Zuordnung von Ämtern und Positionen die eigentlichen Aufgaben der Politik aus den Augen verloren. Statt die Interessen der Bürger zu wahren und zu fördern, wird eine Gefälligkeits- und Versorgungspostenpolitik betrieben. Die anstehenden Aufgaben werden ignoriert, die Zu-

- 1 kunft der Region ist gefährdet. Diesen Stillstand will die FDP
2 durch das Setzen neuer Impulse beseitigen.
- 3 - Die FDP möchte qualifiziertes Personal an der Spitze der
4 Kreisverwaltung wirken lassen. Sowohl für den Landrat als
5 auch für die Kreisbeigeordneten muss die Qualifikation der Be-
6 werber wieder im Mittelpunkt stehen. Hierfür stehen Liberale
7 Kandidaten in besonderem Maße.
 - 8 - Die FDP setzt sich für eine effektive und ergebnisorientierte
9 Wirtschaftsförderung ein. Die Wirtschaftsförderung im Kreis ist
10 zu einem Selbstdarstellungsprojekt für die hauptamtlichen Mit-
11 glieder des Kreisausschusses verkommen. Diese Schwer-
12 punktsetzung will die FDP korrigieren.
 - 13 - Die FDP steht für Klarheit auch bei schwierigen Fragestellun-
14 gen und Infrastrukturentwicklungen. Dazu gehört, dass der
15 Kreis sich aktiv und positiv bei der Entwicklung von Mobilitäts-
16 projekten einsetzt, die für die Bürger im Kreis von Bedeutung
17 sind, wie beispielsweise beim Ausbau der Straßen und Schie-
18 nenwege, aber auch der Energieversorgung.
 - 19 - Die FDP wird sich auch künftig für kooperative Zusammenar-
20 beit von Kreis und Kommunen einsetzen, die die Akzeptanz
21 des Kreises bei den Bürgern erhöht. Zu oft haben CDU- und
22 SPD-Bürgermeister als Kreistagsabgeordnete im Kreistag für
23 die Erhöhung der Kreisumlage und andere die Kommunen be-
24 lastende Beschlüsse gestimmt, um diese dann als Bürgermeis-
25 ter anzuprangern. Ein solches Verhalten ist nicht nur scheinhei-
26 lig, es zerstört auch das Vertrauen der Bürger in die den Kreis
27 vertretenden Abgeordneten.
 - 28 - Die FDP will die Kreispolitik wieder näher an die Bürger brin-
29 gen. Durch ihr Verhalten haben CDU und SPD die Bürger im-
30 mer weiter vom Kreis entfernt. Kaum ein Bürger weiß noch, wo-
31 für der Kreis existiert und welche Aufgaben er wahrnimmt. Da-
32 mit wird er weithin als überflüssig angesehen. Hier wird die FDP
33 versuchen, die Bürger besser über die Kreisarbeit zu informie-
34 ren und ihnen die Bedeutung des Kreises nahe bringen. Auch
35 sollen Elemente der Bürgerbeteiligung gestärkt werden.
- 36 Mit einer soliden Politik für die Bürger und „frischem Wind“ kann ei-
37 ner handlungsfähigen Koalition der Mitte der dringend erforderliche
38 Neuanfang für den Main-Kinzig-Kreis gelingen.

2. Gemeinschaftliches Handeln von Kreis und Kommunen

Die Kreise sind unersetzbar, um kommunale Gemeinschaftsaufgaben zu lösen. Wer die Landkreise infrage stellt, muss die Gemeinden für eine Vielzahl von Aufgaben in Zweckverbänden oder ähnlichen Konstruktionen zusammenschließen. In diesen Zweckverbänden sollten auch Nachbarkreise und –städte mit einbezogen werden, wo dies sinnvoll ist. Dabei kann es häufig zu Überschneidungen und Bevormundungen einzelner Gemeinden kommen. Deshalb ist auf einen sorgfältigen Interessensausgleich zwischen den Beteiligten in den Verbänden zu achten. Bei der Trägerschaft der Schulen, der Verkehrsorganisationen, der Einrichtung für die Ver- und Entsorgung, dem Hochwasserschutz und vielen anderen Aufgaben sind die Kreise eine bewährte und leistungsfähige Organisationsform und eine kommunale Kooperationsform, der bisher leider eine ihren Aufgaben entsprechende sichere Finanzierung fehlt.

Die Gestaltung des Kreises in seiner derzeitigen Größe hat sich bewährt. Der Main-Kinzig-Kreis ist seit seiner Gründung 1974 zusammengewachsen. Durch die Konzentration der Kernbereiche der Kreisverwaltung im neuen Kreishaus in Gelnhausen wurde dieser Prozess weiter gefördert.

Im nächsten Schritt ist es jetzt notwendig, dass der Kreis mit den Kommunen Modelle entwickelt, wie die Verwaltungszusammenarbeit zwischen Kreis und Kommunen noch weiter vertieft werden kann. Für die Bürger besonders wichtig sind dabei Angebote, Anträge und Dokumente statt bei der Kreisverwaltung in den Heimatgemeinden abgeben zu können. Hierzu soll der Kreis mit den Gemeinden Verwaltungsvereinbarungen schließen. Ebenso soll im Kreisgebiet die einheitliche Behördentelefonnummer 115 eingeführt werden.

Die kommunale Zusammenarbeit zwischen einzelnen Kommunen, wie sie zwischen Maintal und Hanau angestrebt wird, ist im Sinne eines effektiven Einsatzes von Steuergeldern und der Nutzung von Synergiepotentialen zu begrüßen. Die FDP fordert die Ausdehnung dieses Modells auf andere Gemeinden im Kreis und über die Kreisgrenzen hinaus.

Die FDP will durch eine geeignete Infrastrukturpolitik dazu beitragen, dass die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Kreises möglich ist, um eine Zweiteilung des Kreises mit einem wirtschaftlich prosperierenden Westkreis und einem als touristischer Ausflugspunkt zurückfallenden Ostkreis zu verhindern. Entsprechend soll sich der Kreis auch im Planungsverband Rhein-Main und in der Regionalversammlung Hessen Süd positionieren. Besondere Bedeutung kommt dabei der interkommunalen Abstimmung bei der Raumplanung und Entwicklung von Gewerbe- und Wohngebieten zu. Hier soll der Kreis den Dialog zwischen den Kommunen fördern, ohne dass hierbei das Recht auf die jeweilige kommunale Selbstverwaltung in Frage gestellt wird.

1 Vordringlich für die Einheit des Kreises ist es, die Interessen der
2 Kommunen im Bergwinkel und im südlichen Vogelsberg nicht zu
3 vernachlässigen. Diese stehen durch die Lage im ländlichen Raum
4 und den demographischen Wandel vor besonderen Herausforderun-
5 gen. Hier ist der Main-Kinzig-Kreis als Gesamteinheit gefragt, um
6 durch intelligente Lösungen die Infrastruktur vor Ort zu erhalten bzw.
7 zu stärken und eine bessere Anbindung an den Kreis zu gewährleis-
8 ten.

9 Zu einem ausgewogenen Zusammenwirken zwischen Kreis und
10 Kommunen gehört auch, dass der Kreis in Haushaltfragen sein Rolle
11 als Kommunalaufsicht wahr nimmt. Er muss dabei immer eine solide
12 Haushaltspolitik der Kommunen im Auge haben und anmahnen. Der
13 Kreis darf daher nicht die Kommunen dazu ermuntern, sich in riskan-
14 te oder fragwürdige Investitionsabenteuer zu stürzen, die die kom-
15 munalen Haushalte unabsehbar belasten. Vielmehr muss er die
16 Kommunen dazu anhalten, ebenfalls die Haushalte durch eine strikte
17 Ausgabendisziplin zu konsolidieren.

3. Finanz-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik

3.1. Konsolidierung des Haushaltes

Der Main-Kinzig-Kreis kann seine ständig wachsenden Aufgaben, z.B. im Bereich Schule, Soziales und Umwelt, nur dann dauerhaft bewältigen, wenn ihm genügend Finanzmittel zur Verfügung stehen. Die marode Haushaltssituation hat den Kreis in vielen Bereichen bereits langfristig handlungsunfähig gemacht. Der Main-Kinzig-Kreis ist ein Sanierungsfall. Zu dieser Misere tragen auch fremd bestimmte Pflichtaufgaben und Umlagen bei. Aber es fehlt am entschiedenen Gegensteuern der Großen Koalition von CDU und SPD auf der Ausgabenseite. Beide Parteien überbieten sich lieber im Wettlauf, neue Ausgabefelder zu entdecken und verstecken sich hinter Bund und Land statt ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise in den letzten Jahren hat die Haushalte auf allen staatlichen Ebenen vor große Herausforderungen gestellt. Genauso richtig ist aber auch, dass die Staatseinnahmen ständig gestiegen sind und weiter steigen werden. Politik versagt aber, wenn sie zulässt, dass die Staatsausgaben noch stärker steigen, als die Einnahmen, wie dies seit Jahrzehnten passiert. Da bildet die große Koalition im Kreis keine Ausnahme.

Die beängstigend anwachsende Verschuldung des Main-Kinzig-Kreises ist auch eine Folge der Überfrachtung des Kreises mit Aufgaben, ohne dass dem Kreis die dafür erforderlichen Finanzmittel bereitgestellt werden. Hält die Entwicklung der Verschuldung unverändert an, ist der Zeitpunkt abzusehen, an dem der Anteil der Haushaltsmittel, die für den Schuldendienst aufgewendet werden müssen, so groß ist, dass selbst für noch so wichtige Aufgaben keinerlei Spielraum mehr besteht. Der Niedergang unserer Region wäre die fatale Folge.

Durch die von der Großen Koalition rücksichtslos durchgesetzten permanenten Erhöhungen der Umlagen hat der Kreis in den letzten Jahren die kreisangehörigen Kommunen in schwere Bedrängnis gebracht. Sämtliche in den Gemeinden erwirtschafteten Einsparungen in den Haushalten werden aufgeessen. Der Kreis lebt auf Kosten der Kommunen! Der Kreis hat aber eine eminente Verantwortung für die Finanzen der Städte und Gemeinden, die er nicht vernachlässigen darf. Die Kreispolitik ist gefordert, Wege zu finden, wie eine Absenkung der Kreisumlage erreicht werden kann, um den Kommunen im Kreis wieder Spielraum für eigenes Handeln zu geben.

Wir Liberalen fordern nachdrücklich eine vernünftige Aufteilung von Aufgaben und Ressourcen im Verhältnis zwischen Kommunen, Kreis und Land. Dafür werden wir uns im Main-Kinzig-Kreis und mit unseren Vertretern in der Landespolitik mit Nachdruck einsetzen. Dazu gehört auch, dass der kommunale Finanzausgleich des Landes so gestaltet wird, dass die ertragsschwächeren Kommunen und Kreise nicht dafür zusätzlich belastet werden, dass das Land mehr in den Länderfinanzausgleich einzahlen muss, weil es in Hessen

1 Kommunen gibt, die wirtschaftlich viel besser da stehen, als die
2 Kommunen im Main-Kinzig-Kreis.

3 Die FDP fordert, alle Möglichkeiten sparsamer Finanzwirtschaft aus-
4 zuschöpfen. Aufgabenkritik und Ausgabenkürzungen haben Vorrang
5 vor Steuer- und Gebührenerhöhungen. Ziel der Aufgabenkritik ist es,
6 das wirtschaftliche Überleben des Kreises sicherzustellen. Die als
7 Kernaufgaben der kommunalen Verwaltung erkannten Bereiche sind
8 konsequent auf Leistungs- und Qualitätsziele auszurichten und ha-
9 ben sich dem Wettbewerb zu stellen. Die schlanke Verwaltung dele-
10 giert die interne Entscheidungs- und Budgetverantwortung von oben
11 nach unten und richtet ein effektives und transparentes Abrech-
12 nungs- und Berichtswesen sowie Controlling ein. Die FDP wird sich
13 dafür einsetzen, dass die umfassenden Vorschläge des Steuerzah-
14 lerbundes zur Verbesserung des Kreishaushaltes Punkt für Punkt mit
15 dem Ziel geprüft werden, wenn immer möglich, sie umzusetzen.

16 Die Folgekosten von Investitionsvorhaben des Main-Kinzig-Kreises
17 sind stärker zu beachten, falsche Personalschwerpunkte zu korrigie-
18 ren, Sach- und Kapitalkosten sind, so weit es möglich ist, zu reduzie-
19 ren. Die FDP im Kreistag wird bei jeder Investition die tatsächliche
20 Notwendigkeit und Finanzierbarkeit prüfen. Es darf nicht mehr dazu
21 kommen, dass eine Investition nur deshalb getätigt wird, weil da-
22 durch eine Förderung abgeschöpft werden kann, die angeboten wird.
23 Auch diese Förderungen sind nichts anderes als Steuergelder, die
24 aus einer anderen Kasse kommen, letztlich aber den Bürger be-
25 lasten.

26 In der jetzigen Haushaltssituation ist alles, was nicht zwingend ge-
27 setzlich vorgeschrieben ist, freiwillig. Alle freiwilligen Leistungen
28 müssen in Absprache mit den Betroffenen so schnell wie möglich
29 gesenkt werden. Der Begriff der freiwilligen Leistung ist dabei weit zu
30 fassen. Auch vertragliche Vereinbarungen sind, anders als es die
31 große Koalition glauben machen will, freiwillige Leistungen und ge-
32 hören auf den Prüfstand. Es besteht kein Spielraum mehr für Wohl-
33 taten als Leuchttürme politischen Handelns - wir können uns noch
34 nicht einmal vereinzelte Grubenlichter leisten. Deshalb wird die FDP
35 im Kreis sich dafür einsetzen, dass der Kreis sich aus Zweckverbän-
36 den zurückzieht, an denen kein zwingendes Interesse besteht. Dies
37 können beispielsweise die Verbände zur Unterhaltung von
38 Schwimmbädern sein.

39 Wir Liberalen streben für den Main-Kinzig-Kreis eine Rückführung
40 der Verschuldung und einen ausgeglichenen Haushalt an. Voraus-
41 setzung hierfür ist jedoch auch, dass die Bundes- und Landesregie-
42 rung den Kreisen keine weiteren Aufgaben zuweist, ohne zugleich
43 dafür eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen. Daher werden
44 wir uns dafür einsetzen, dass der Kreis konsequent das Konnexi-
45 tätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) anwendet und für jede vom Land
46 übertragene Aufgabe die erforderliche Finanzierung einklagt.

47 Die Verwaltung des Main-Kinzig-Kreises muss daraufhin durchforstet
48 werden, welche Aufgaben der Kreis auf Grund gesetzlicher Vorga-
49 ben erledigen muss. Andere Leistungen wären zwar häufig wün-

1 schenswert aber in der jetzigen Haushaltssituation nicht zu leisten.
2 Ebenso muss auch beim Kreis die eingeführte doppelte Buchführung
3 und daraus folgend die Budgetierung der einzelnen Verwaltungsein-
4 heiten konsequent zur Haushaltssicherung genutzt werden. Die
5 Kreisverwaltung und die Unternehmen im Eigentum des Kreises sind
6 keine Verfügungsmasse für Versorgungspositionen von ausgedien-
7 ten Amtsträgern von CDU und SPD.

8 Nachhaltige Einsparmöglichkeiten sind nur durch Strukturverände-
9 rungen in der Verwaltung und Reduzierung der Personalkosten mög-
10 lich. Weitere Ansatzpunkte mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung
11 sieht die FDP in:

- 12 - Personalumschichtung in der Verwaltung zugunsten der vor-
13 rangigen Erfüllung von Pflichtaufgaben. Dies gilt vor allem für
14 die Führungsebenen. Die Einrichtung neuer Abteilungen, die
15 der Selbstdarstellung der politisch Verantwortlichen dienen,
16 wird abgelehnt.
- 17 - sinnvoller Veräußerung von Kreiseigentum, z.B. nicht genutzter
18 Flächen in den Gemeinden.
- 19 - scharfer Ausgabenkontrolle in den Eigenbetrieben und wirt-
20 schaftlichen Unternehmen. Hierzu zählt auch, dass der Kreis
21 nicht eigene Leistungen erbringt, die die Wirtschaft genauso
22 gut erbringen kann, beispielsweise bei der Fahrzeugreparatur.
- 23 - gemeinsamer Nutzung kommunal finanzierter Einrichtungen
24 und Räume entlastet von Investitions- und Folgekosten.
- 25 - stärkerer Kontrolle der Ausgabenentwicklung des Landeswohlfahrt-
26 verbands, die durch Umlagen vom Kreis finanziert werden,
27 sowie die Abschaffung der reduzierten Umlage, die Hanau auf-
28 grund seines Sonderstatus an den Kreis zu zahlen hat.

30 **3.2. Langfristige Sicherung der Kreiseinnahmen**

31 Nur die von der Bundestagsfraktion der FDP geforderte Gemeindefinanzreform kann mittelfristig die finanzielle Not der Gemeinden und Kreise lösen. Die FDP Main-Kinzig wird im Kreistag dafür eintreten, dass der Kreis sich in den kommunalen Spitzenverbänden für eine Finanzstruktur einsetzt, die langfristig die Einnahmen der kommunalen Haushalte stabilisiert, statt stereotyp die Beibehaltung und Ausweitung der Gewerbesteuer als einziges Heilmittel zu fordern.

38 Die Kreisumlage ist ein fragwürdiges Instrument zur Sicherung der Kreisfinanzen. Die Kreis- und Schulumlage verschlingt im Main-Kinzig-Kreis mehr als die Hälfte der Gemeindeeinnahmen. Da die Bürger diese Belastung nicht unmittelbar erfahren, besteht für den Kreis auch kein Anreiz zur Sparsamkeit.

43 Deswegen fordert die FDP seit langem, die Kreisumlage durch eigenständige Hebesätze auf Einkommens- und Körperschaftssteuer zu ersetzen. Damit würde eine Finanzpolitik in der Gemeinschaft von Städten, Gemeinden und Kreisen entstehen, die auch leichter auf

1 Transparenz und Sparsamkeit überprüft werden könnte. Zugleich
2 würde das System der Schlüsselung von Steuern zwischen Bund,
3 Land und Kommune zurückgestutzt, das bei jeder wichtigen politi-
4 schen Entscheidung eine Vermengung der Interessen der verschie-
5 denen Ebenen hervorruft.

7 **3.3. Schwerpunkte kommunaler Wirtschaftsförderung**

8 Der Stellenwert der Wirtschaftsförderung gewinnt gerade in der Zeit
9 eines zunehmenden Wettbewerbs der Regionen eine immer größere
10 Bedeutung. Die beste Wirtschaftsförderung und damit die Unterstüt-
11 zung der Betriebe und Unternehmungen bei Erweiterung und Neu-
12 ansiedlung ist eine klare Bauleitplanung in den Kommunen. Des
13 Weiteren muß die Hilfe bei der Suche nach Information der häufig
14 bürgerunfreundlichen Wege der Genehmigungsverfahren verstärkt
15 werden.

16 Die FDP ist der Auffassung, dass klare Durchschaubarkeit der Ge-
17 nehmungsverfahren und überschaubare Zeitabläufe notwendige
18 Elemente der Wirtschaftsförderung sind. Für die beabsichtigten Pro-
19 jekte muss die zeitliche Kalkulierbarkeit der Genehmigungsverfahren
20 sichergestellt werden.

21 Der Main-Kinzig-Kreis kann und muss verstärkt die Vorteile seines
22 Standorts in der Rhein-Main-Region nutzen. Mit seiner Lage zwi-
23 schen der Metropole Frankfurt und den Randbereichen des Bal-
24 lungsraums - Spessart, Vogelsberg und Rhön - bietet er hervor-
25 ragende Möglichkeiten, Unternehmen anzusiedeln. Diese können die
26 Infrastruktur des Wirtschaftszentrums Frankfurt nutzen, ohne dass
27 ihnen dafür die hohen Kosten der Großstadt entstehen.

28 Bei der Gestaltung der kommunalen Wirtschaftsförderung im Main-
29 Kinzig-Kreis fordert die FDP:

- 30 - Die vorrangige Ausarbeitung eines Grundkonzepts, das darlegt,
31 wie Standortvorteile geschaffen, ausgebaut und genutzt werden
32 können. Hierzu gehören auch Aspekte der Naherholung, Kin-
33 derbetreuung und strukturelle Entwicklungen für eine verstärkte
34 Nutzung der modernen Informationstechnik, mit dem Ziel woh-
35 nortnahe Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen.
- 36 - Eine ausgewogene Wirtschafts- und Gewerbestruktur durch
37 gleichrangige Förderung von Klein- und Mittelbetrieben zu si-
38 chern, um die marktwirtschaftliche Wettbewerbsstruktur zu ge-
39 währleisten.

40 Wirtschaftsförderung im Main-Kinzig-Kreis soll nach Auffassung der
41 FDP vorrangig:

- 42 - Gewerbetreibenden – vor allem Klein- und Mittelbetrieben – als
43 Lotse Transparenz und Hilfestellung bei den immer komplexer
44 und aufwendiger werdenden behördlichen Verfahren und als
45 einheitlicher Ansprechpartner zur Seite stehen. Es bleibt des-
46 sen ungeachtet ein erklärtes Ziel liberaler Politik, behördliche

- 1 Regelungen konsequent auf das unabdingbare Maß zu redu-
2 zieren;
- 3 - aussagefähiges Material als Hilfestellung für Neuansiedlungen
4 bereitstellen. Dazu gehören Planungsunterlagen mit Lageplä-
5 nen, Nutzungsbeschreibungen, Auflagen, Aussagen über die
6 Infrastruktur, Verkehrsanbindungen etc. sowie ihre Abrufmög-
7 lichkeit über das Internet;
- 8 - neben der Unterstützung bei der Neuansiedlung von Gewerbe-
9 betrieben, auch die Gemeinden bei der vorausschauenden
10 Planung unterstützen, um die Weiterentwicklung bereits ansäs-
11 siger Unternehmen, z.B. bei der Auslagerung von Betrieben
12 aus dem Ortskern oder bei Betriebserweiterung, zu fördern.
- 13 - Vorschläge erarbeiten, die eine gute Verkehrsanbindung auch
14 für die Gewerbebetriebe sicherstellen, die in Randbereichen
15 des Kreises ansässig sind und Anregungen geben, wie der öf-
16 fentliche Nahverkehr attraktiver gestaltet werden kann. Die
17 Verkehrsanbindungen sind deshalb koordiniert auszubauen
18 und instand zu halten.
- 19 - Die Internet- und Breitbandanbindung flächendeckend ausbau-
20 en. Dazu ist das Angebot der Kreiswerke auszudehnen, besser
21 noch aber die Unterstützung Privater beim Ausbau des Ange-
22 botes in den Vordergrund der Förderung zu stellen.

23 Wirtschaftsförderung ist für die FDP in erster Linie eine kommunale
24 Strukturaufgabe, bei der das Standortmarketing im Mittelpunkt steht.
25 Deshalb muss die Wirtschaftsförderung des Kreises eng mit den
26 Wirtschaftsförderungen der einzelnen Kreisgemeinden zusamen-
27 arbeiten und die vielfältigen Aktivitäten bündeln. Die Wirtschaftsför-
28 derung des Kreises hat keinen Nachweis erbracht, dass sie diese
29 sinnvollen Ziele erreichen kann.

30

31 **3.4. Förderung des lokalen Handwerkes**

32 Der Kreis muss bei allen zu vergebenden Leistungen die heimische,
33 mittelständische Wirtschaft und das heimische Handwerk bei der
34 Durchführung öffentlicher Aufträge berücksichtigen. Dies umfasst
35 aber auch, dass im Rahmen des wirtschaftlich und vergaberechtlich
36 vertretbaren die Arbeiten vorrangig von lokalen Unternehmen und
37 nicht ortsfremden Werk- oder Subunternehmern durchgeführt wer-
38 den.

39 Soweit als möglich sind Belastungen und Einschränkungen der Li-
40 quidität bzw. des Kreditrahmen der Unternehmen durch die Forde-
41 rung von Vertragserfüllungs- und Gewährleistungsbürgschaften zu
42 vermeiden. Zahlungen müssen zeitnah erfolgen, um ein Gegenge-
43 wicht zu der sich immer verschlechternden Zahlungsmoral zu schaf-
44 fen.

45

1 **3.5. Dienstleistung der Öffentlichen Hand**

2 Die FDP fordert stets eine sorgfältige Überprüfung der Dienstleistun-
3 gen im Einzelfall, die von Kreis erbracht werden. Die vom Kreis ge-
4 leisteten wirtschaftlichen Förderungen der verschiedensten Art soll-
5 ten immer wieder kritisch überprüft werden.

6 Der Abbau von Bürokratie und die Verwaltungsvereinfachung erfor-
7 dert auch eine Verringerung der wirtschaftlichen Betätigung des
8 Kreises. Er darf sich nur dort betätigen, wo er die Versorgung der
9 Bürger qualitativ besser und kostengünstiger als ein Privatunterneh-
10 mer leisten kann oder das Gemeinwohl eine Leistungserbringung
11 durch den Kreis gebietet. Die FDP wird daher prüfen, inwieweit Auf-
12 gaben, die der Kreis derzeit übernimmt, privatisiert oder in andere
13 Trägerschaft überführt werden können. Die FDP will keine Privatisie-
14 rung um jeden Preis, vielmehr sollen das Interesse des Bürgers und
15 die wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, im Vordergrund stehen.

16 Die FDP Main-Kinzig lehnt Scheinprivatisierungen öffentlicher Auf-
17 gaben in Privatgesellschaften ab, da eine weitere, verdeckte Ver-
18 schuldung schwerer kontrollierbar ist.

19 Die Neuordnung unseres Versorgungswesens und hierbei auch die
20 Neuordnung der Energieversorgung, der Trinkwasserversorgung und
21 der Abwasserentsorgung ist eine der vordringlichsten Aufgaben der
22 Kommunen. Die Hoheit über die Gebührenfestsetzung muss bei den
23 Kommunen verbleiben. Die FDP ist der Auffassung, dass die kom-
24 munalen Anteile des Kreises und der Kommunen an den Versor-
25 gungsbetrieben zu veräußern sind. Der Kreis sollte seine gesamten
26 Versorgungsbetriebe und kreiseigenen Gesellschaften in einer Hol-
27 ding bündeln und gleichzeitig unter eine effektive Aufsicht des Kreis-
28 ausschusses stellen. Das Beispiel der Gasversorgung hat gezeigt,
29 dass hier der Landrat und die Kreisdezernenten in der Vergangen-
30 heit bei ihrer Aufsicht zum Schaden der Bürger gescheitert sind.

31 Bei jeder Art der Privatisierung öffentlicher Dienstleistung muss die
32 Gebührentwicklung von der kommunalen Seite kontrollierbar und
33 beeinflussbar bleiben, bzw. wo dies nicht mehr der Fall ist, wieder
34 werden. Gerade die FDP, die stets für die soziale Marktwirtschaft
35 und den fairen Wettbewerb eintritt, steht mit größter Skepsis den
36 sich neu entwickelnden Monopolen gegenüber.

37 38 **3.6. Sparsame Verwaltung**

39 Die Bürger haben Anspruch auf eine sparsame, schnelle und wirk-
40 sam arbeitende Verwaltung. Dazu ist die konsequente Durchsetzung
41 des Leistungsprinzips in der Kreisverwaltung erforderlich. Die Ver-
42 waltungsabläufe müssen, auch durch verstärkten Einsatz der neuen
43 Kommunikationstechniken, weiter rationalisiert werden. Ebenso soll-
44 ten Mehrfach-Strukturen und -Zuständigkeiten von Kreisverwaltung
45 und kommunalen Verwaltungen (insbesondere mit der Stadt Hanau)
46 überprüft werden. Es muss das Ziel sein, dass die Bürger möglichst
47 alle Behördenangelegenheiten vor Ort in ihrem Rathaus erledigen
48 können. Überflüssige Verwaltungsleistungen sind abzubauen. Bei

1 allen bereits geleisteten Anstrengungen der Verwaltungsvereinfachung ist noch ein weiter Weg zu gehen. Die Kontaktmöglichkeiten der Bürger über die Behördennummer 115 und über das Internet sind weiter auszubauen.

5 Öffentliche und öffentlich geförderte Einrichtungen und Gebäude werden, gemessen an ihren hohen Investitionskosten, oft unzureichend genutzt. Es ist daher zu überprüfen, ob die vorhandenen Einrichtungen sinnvoll zu ergänzen, für andere Funktionen zu öffnen und den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und den Interessenten im Sinne einer Mehrfachnutzung zugänglich zu machen sind. Verstärkt sollen Gebäude und Einrichtungen, für die der Kreis keinen eigenen Bedarf mehr hat, auch an Vereine, Genossenschaften oder Bürger übertragen werden.

14 Neubesetzungen offener Stellen innerhalb der Verwaltung werden ausschließlich nach Qualifikation und nicht nach Einfluss von Interessengruppen vorgenommen. Nur wenn die Einflussnahme von verschiedenen Gruppen zurückgedrängt wird und bei Stellenausschreibungen nicht von vornherein eine bestimmte Person abgesichert wird, fühlen sich wirklich alle qualifizierten Bewerber angesprochen.

21

22 **3.7. Zukunft der Sparkassen im Kreis**

23 Ein besonderes Problem ist bei der veränderten Wirtschaftssituation auch die Frage der Sparkassen. Die Sparkassen sind kein Spielball der Politik und dürfen nicht der Einflussnahme durch die Kreispolitik unterliegen. Das Ziel muss die Schaffung engster Kooperation über das jeweilige Einzugsgebiet hinaus sein. Es ist richtig, bei der Entwicklung im Bereich der Sparkassen größere Einheiten anzustreben. Daher ist eine Fusion der drei im Kreisgebiet liegenden Sparkassen das Ziel.

31

1 **4. Wohnen und Verkehr**

3 **4.1. Regionalentwicklung für und mit den Bürgern**

4 Liberale Stadtentwicklung muss vorrangig Anstrengungen unterstüt-
5 zen, die Qualität von Wohnen, Arbeiten und Freizeit in den Städten
6 und Gemeinden zu verbessern, die Kommunikation und Erlebnisviel-
7 falt der Bürger fördern und diesen die Integration in ihr soziales und
8 kulturelles Umfeld erleichtern. Der Kreis soll hier koordinierend mit-
9 wirken. Darüber hinaus muss der Kreis auch mit den benachbarten
10 Kreisen, dem Planungsverband und der Regionalversammlung eng
11 zusammenarbeiten, da von dort viele Einflüsse auf den Kreis einwir-
12 ken.

13 Die Regionalentwicklung im Main-Kinzig-Kreis ist gefordert, das Zu-
14 sammenwachsen der Gemeinden im Kreis weiter voran zu bringen.
15 Dazu ist, neben guten Verkehrsverbindungen, auch eine Flächen-
16 planung erforderlich, die zu einer Konzentration der Gemeindegebie-
17 te durch Arrondierung der Siedlungs- und Wohngebiete sowie von
18 Mischgebieten, Gewerbe-, Industriegebieten und sinnvollen Natur-
19 räumen und Erholungsgebieten führt. Dabei dürfen die historisch
20 gewachsenen Eigenheiten der Gemeinden nicht verloren gehen.
21 Vielmehr kommt es auf ein behutsames Miteinander von Geschichte
22 und Zukunft an, bei dem auch der Denkmalschutz seine Aufgaben
23 wahrnehmen muss. Der Ausbau regenerativer Energien, besonders
24 durch die Windkraft, hat einen dauerhaft landschaftsprägenden Ein-
25 fluss auf viele Gebiete im Kreis. Hier muss der Kreis mit den Kom-
26 munen vertretbare Lösungen erarbeiten, insbesondere bei der früh-
27 zeitigen Ausweisung von Vorranggebieten.

28 Der Main-Kinzig-Kreis ist Bestandteil der Rhein-Main-Region, die zu
29 den Wachstumsregionen Europas gehört. Durch eine kluge Gewer-
30 beansiedlung, ausgezeichnete Verkehrsverbindungen und ein attrak-
31 tives Wohnumfeld kann er im Osten von Frankfurt von dieser Lage
32 profitieren und zu einem idealen Standort für Bürger und Unterneh-
33 men zwischen Frankfurt, Aschaffenburg und Fulda werden.

35 **4.2. Sicherung des Straßennetzes**

36 Mobilität ist für die FDP Lebensqualität, die dazu beiträgt, die Grund-
37 bedürfnisse Wohnen, Arbeiten und Freizeit zu vereinen. Dies
38 schließt auch die Mobilität ein, die der motorisierte Individualverkehr
39 bietet.

40 Die Verkehrsplanung im Kreis muss als Teil der Regionalentwicklung
41 betrieben werden. Wir wollen, dass der Main-Kinzig-Kreis sich aktiv
42 an der Entwicklung des überregionalen Straßen- und Schienennet-
43 zes beteiligt. Hier müssen der Main-Kinzig-Kreis und seine Kommu-
44 nen im Rahmen des Landesentwicklungsplanes Stellung beziehen.

45 Das vorhandene Straßennetz ist wertvolles Gemeineigentum, das
46 die Bürger mit ihren Steuern finanziert haben und das es zu pflegen
47 und zu erhalten gilt. Es dient nicht nur dem Individualverkehr, son-

1 dern ist, besonders im ländlichen Raum, Voraussetzung für den
2 ÖPNV. Frühzeitige Wartung und Pflege der Straßen ist für die Si-
3 cherheit des Verkehrs unabdingbar und trägt dazu bei, die Lebens-
4 dauer der Verkehrswege zu verlängern. Mangelhafte Pflege und Un-
5 terhaltung des Straßennetzes bedeutet eine permanente Vernich-
6 tung von Gemeineigentum. Die FDP fordert daher, die Straßen stän-
7 dig so zu unterhalten, dass die Sicherheit gewährleistet ist und eine
8 kostenintensive Grundsanierung so weit wie möglich hinausgescho-
9 ben werden kann. Dabei darf allerdings nicht das Gefälligkeitsprinzip
10 über die Reihenfolge von Maßnahmen entscheiden, sondern der
11 aktuelle Handlungsbedarf. Ebenfalls sind das Land und der Bund in
12 die Pflicht zu nehmen, die ihnen gehörenden Straßen instand zu hal-
13 ten. Das Einrichten von Geschwindigkeitsbeschränkungen wegen
14 schlechter Beschaffenheit von Straßen ist nach Auffassung der FDP
15 ein unzulässiges Abwälzen von Verantwortung auf die Bürger.

17 **4.3. Entlastung vom Durchgangsverkehr**

18 Wohngebiete und Ortskerne sind vom Durchgangsverkehr zu entlas-
19 ten. Wir wollen daher die Nutzung der Ortsumgehungen, Bundes-
20 straßen und der Autobahn stärker fördern. Unser Ziel ist es, auch
21 Erholungsgebiete vor übermäßiger Verkehrsbelastung zu schützen.

22 Als vordringliche Maßnahmen gelten für die Liberalen:

- 23 - Die von den Kommunen bereits geplanten Ortsumgehungen zu
24 genehmigen und deren Finanzierung so bald wie möglich si-
25 cher zu stellen. Dies gilt besonders für die Ortsumgehungen in,
26 Freigericht - Hasselroth und Rodenbach.
- 27 - sowie Weiterbau und Fertigstellung des Autobahnzubringers im
28 Sinntal zur Anschlussstelle Bad Brückenau-Volkers.
- 29 - Die Schaffung von Rastplätzen oder Autohöfen, besonders an
30 der BAB A66 im westlichen Bereich des Kreises.
- 31 - Die Schaffung eines Südanschlusses der Limes-Brücke in Ha-
32 nau/Hainburg an die B 45a als Autobahnzubringer.
- 33 - Die ständige Überprüfung der Klassifizierung der Straßen.

35 **4.4. Verbesserung des ÖPNV**

36 Verknüpfungen und Qualität des ÖPNV müssen kundenorientierter
37 gestaltet werden. Auch für öffentliche Verkehrsbetriebe müssen
38 Wettbewerbskonditionen entwickelt werden, um Kostenbewusstsein
39 und Leistungserbringung flexibler zu gestalten. ÖPNV und Individu-
40 alverkehr sind kein Gegensatz, sondern zwei Seiten einer Medaille.
41 Ein großer Teil des Berufs-, Ausbildungs- und Freizeitverkehrs kann
42 vom ÖPNV abgewickelt werden.

43 Der Ausbau des Öffentlichen Personen Nahverkehrs muss vorange-
44 trieben werden. Dabei müssen besonders im ländlichen Raum des
45 Kreises Angebote geschaffen werden, die dem demographischen
46 Wandel gerecht werden und dessen Anbindung sicherstellen.

1 Die nordmainische S-Bahn zwischen Frankfurt und Hanau ist zügig
2 zu realisieren. Die Sanierung der Nebenstrecken im Kreisgebiet,
3 muss zu Ende geführt werden und das Fahrplanangebot in Koopera-
4 tion mit den Nachbarkreisen ausgebaut werden.

5 Auch die längst überfällige Modernisierung der Bahnhöfe an der
6 Bahnstrecke im Kinzigtal darf nicht länger aufgeschoben werden und
7 von einem Ausbau der Fernverkehrslinie abhängig gemacht werden.
8 Um hier die Attraktivität zu steigern und barrierefreie Zugänge zum
9 Schienenverkehr zu schaffen, muss sich der Kreis für eine Lösung in
10 Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn, dem Land Hessen und
11 den Kommunen einsetzen.

12 Insbesondere ist eine nahtlose Verbindung zwischen den unter-
13 schiedlichen Verkehrsträgern und auch dem Individualverkehr si-
14 cherzustellen. Der Main-Kinzig-Kreis ist hier in der Pflicht, zusammen
15 mit den Kommunen ausreichende Angebote zu schaffen, um die Att-
16 raktivität des ländlichen Raumes beispielsweise im Bergwinkel oder
17 dem südlichen Vogelsberg zu steigern.

18 Der Busverkehr muss besser untereinander und mit dem Schienen-
19 verkehr abgestimmt werden. Ein weiterer Einsatz des Anhängerbus-
20 ses, wie er bereits erfolgreich im Schülertransport im Bereich Freige-
21 richt eingesetzt wird, ist zu prüfen. Da wo es unter Abwägung von
22 Kosten und Nutzen sinnvoll ist, soll ein integraler Taktfahrplan einge-
23 führt werden, der allerdings kein Dogma sein darf.

24 Die Qualitäts- und Leistungskontrolle des geförderten ÖPNV müssen
25 intensiviert werden. Dazu muss der RMV geeignete Programme auf-
26 legen. Qualität und Leistung sind auch ein wesentliches Prüfkriterium
27 bei der Ausschreibung von Leistungen des Nahverkehrs.

28

29 **4.5. Ausbau der überregionalen Verkehrsverbindungen**

30 Die FDP begrüßt, dass der Weiterbau der A66 nach Westen in
31 Frankfurt (Riederwaldtunnel) nach Osten in Richtung Fulda voran-
32 geht. Dieses seit langem verzögerte überregionale Straßenbaupro-
33 jekt ist die wichtigste Voraussetzung, die Gemeinden und den Kreis
34 besser an das europäische Fernstraßennetz anzuschließen und von
35 überflüssigem überregionalem Verkehr zu entlasten. Es ergeben
36 sich neue Herausforderungen und Möglichkeiten durch diese abseh-
37 baren Lückenschlüsse der A66. Der Main-Kinzig-Kreis rückt in die
38 Ost-West-Achse Europas. Deshalb wird der Kreis sich im Rahmen
39 der Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans dafür einsetzen,
40 dass der drei-streifige Ausbau der A66 zwischen Gelnhausen und
41 Hanau als Maßnahme aufgenommen wird.

42 Der Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes der Bahn ist ein wich-
43 tiger Bestandteil der Verkehrsinfrastruktur. Mit einem solchen Aus-
44 bau wird die bereits überlastete Schienenstrecke durch das Kinzigtal
45 zugunsten des Nah- und Regionalverkehrs entlastet. Durch eine ei-
46 gene Trasse für den Fernverkehr wird die Pünktlichkeit der Nahver-
47 kehrszüge auf der für die Pendler aus dem Ostteil des Kreises wich-
48 tigen Kinzigtalbahn gesteigert und zeitraubende Überholungsaufent-

1 halte entfallen. Dies soll mehr Reisende auf das Verkehrsmittel Ei-
2 senbahn umleiten. Die FDP fordert die Bahn auf, diese Maßnahme
3 weiterhin voranzutreiben. In diesem Zusammenhang ist der künftige
4 Halt von ICEs in Hanau unverzichtbar.

5 Der Flughafen Frankfurt ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor im
6 Rhein-Main-Gebiet, von dem auch der Main-Kinzig-Kreis in besonde-
7 rem Maße profitiert. Die FDP Main-Kinzig bekennt sich deshalb zum
8 Ausbau des Frankfurter Flughafens im Rahmen des Planfeststel-
9 lungsbeschlusses und der darauf aufbauenden Gerichtsentschei-
10 dungen. Sie hält Klagen des Kreisausschusses und des Kreistages
11 gegen den Flughafen für eine Verschwendung von Steuermitteln.
12 Zugleich begrüßt sie die Bemühungen des Forums Flughafen und
13 Region, Entlastungen der besonders durch Fluglärm betroffenen
14 Bürger zu erreichen und unterstützt Bestrebungen, diese durch wei-
15 tere Maßnahmenpakete zu erweitern.

16 Der Mainhafen der Stadt Hanau ist eine wichtige intermodale
17 Schnittstelle, an der Schwerlastverkehr auf das Wasser verlagert
18 werden kann. Der Erhalt und Ausbau dieses Hafens wie die Siche-
19 rung des Mains als Schiffsweg ist ein liberales Anliegen.

20

21 **4.6. Demografischer Wandel**

22 Der demografische Wandel ist eines der Zukunftsthemen für die
23 Entwicklung der ländlichen Räume. Die Situation ist davon gekenn-
24 zeichnet, dass die Bevölkerung immer älter wird, die Anzahl jüngerer
25 Menschen drastisch abnimmt und es eine immer größere Wander-
26 bewegung der Menschen weg von den ländlichen Räumen hin zu
27 den Ballungsgebieten gibt. Diese Entwicklung lässt sich im Kleinen
28 auch im Main-Kinzig-Kreis beobachten. Den Auswirkungen des de-
29 mografischen Wandels möglichst effektiv entgegenzuwirken, muss
30 integraler Bestandteil der Kommunalpolitik werden.

31 Bei der ohnehin notwendigen Neuordnung der kommunalen Finan-
32 zierungssysteme ist es zwingend notwendig für die vom demografi-
33 schen Wandel stark betroffenen ländlichen Räume einen "Demogra-
34 fiebonus" zu entwickeln, damit insbesondere in zwingend notwendi-
35 ge kommunale Infrastrukturleistungen, wie Gesundheitsversorgung,
36 öffentlicher Nahverkehr, wohnortnahe Schulentwicklung und indivi-
37 duelle Wirtschaftsförderung - so auch schnelles Internet - investiert
38 werden kann. So kann den besonderen Risiken, denen kommunale
39 Haushalte in strukturschwachen Räumen ausgesetzt sind, entgeg-
40 gewirkt werden. Hier muss der Kreis eine Vorreiterrolle über-
41 nehmen.

42 Teile des demografischen Wandels betreffen allerdings auch die
43 Städte und Gemeinden des Kreises, die näher an Frankfurt liegen.
44 So wird auch hier die Bevölkerung immer älter und die knapp positi-
45 ven Salden in der Bevölkerungsentwicklung werden nur dadurch er-
46 reicht, dass immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund zu den
47 Bürgerinnen und Bürgern dieser Kommunen gehören. In diesem
48 Kontext muss die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mit-

- 1 bürger unverzichtbarer Bestandteil der Kreispolitik werden. Insbe-
- 2 sondere müssen in der Sozial- und Schulpolitik alle Anstrengungen
- 3 unternommen werden, dass jedes Kind einen Schulabschluss erhält
- 4 und bereits als junger Erwachsener in der Lage ist, ohne staatliche
- 5 Transferleistungen sein eigenes Leben als mündiger Bürger zu or-
- 6 ganisieren.

5. Kinder-, Jugend- und Sozialpolitik

5.1. Hilfe zur Selbsthilfe

Kommunale Sozialpolitik soll staatliche Vorgaben vor Ort ausfüllen und ergänzen. Die FDP setzt als einzige Partei auf die Bürger und Familien selbst. Ihr kreatives Potential, ihre Leistungsbereitschaft und ihr Wille das Leben selbstbestimmt zu gestalten, setzt konkretes gesellschaftliches Engagement frei, daß der Staat so niemals bewirken kann.

Leistungsbereitschaft der Bürger darf nicht durch staatliches Handeln eingeschränkt werden. Deshalb ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Sozialpolitik nötig. Liberale Sozialpolitik schafft faire Chancen für jeden Menschen. Sie behandelt die Bürger nicht als Bittsteller, sondern will ihre Eigenständigkeit stärken und sie unterstützen, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen.

Wer seinen Lebensunterhalt aber durch Krankheit, Langzeitarbeitslosigkeit oder durch andere unverschuldete und persönliche Notlagen nicht selbst bestreiten kann, hat einen gesetzlichen Anspruch auf öffentliche Leistung (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld u.a.). Oberster Grundsatz muss sein, dass solche Leistungen Hilfe zur Selbsthilfe sind.

Wer Leistungen der Solidargemeinschaft erhält, ist verpflichtet, wahrheitsgemäß über seine Bedürftigkeit Auskunft zu geben und hat alles daran zu setzen, wieder auf die eigenen Beine zu kommen. Wer wissentlich falsche Angaben macht und sich Leistungen erschleicht, darf diese nicht mehr erhalten.

5.2. Sozialpolitik und Hartz IV

Der vom Main-Kinzig-Kreis gewählte Weg einer Optionskommune hat sich im Grundsatz bewährt. Der Kreis konnte zeigen, dass die kommunale Trägerschaft zu einem besseren Ergebnis für die Langzeitarbeitslosen führt als die Tätigkeit der Arbeitsagentur. Dennoch gibt es auch im Kreis Raum für weitere Verbesserungen. Das Kommunale Center für Arbeit gibt immer noch zuviel Geld für zuwenig Leistung aus. Daher muss hier noch zielgerichteter auf die Bedürfnisse der Betroffenen hin gefördert werden. Das blinde, teils mehrfache Anbieten von Fortbildungsmaßnahmen bringt die Menschen nicht schneller in eine Arbeit, sondern dient alleine der Unterstützung von Fortbildungseinrichtungen aller möglichen Träger.

Um den Missbrauch von Sozialleistungen zu reduzieren, aber auch um die wirklich Hilfsbedürftigen vor Verdächtigungen und Diffamierungen zu schützen, setzt sich die FDP auch weiterhin für die Überprüfung von Ansprüchen auf solche Leistungen ein. Die Kontrollen sollen dafür sorgen, dass nur diejenigen soziale Leistungen erhalten, die sie wirklich benötigen.

1 Durch die Einführung von ALG II sind die Kosten für diesen Bereich
2 weiter erheblich, so dass sämtliche Maßnahmen auf ihre Wirksam-
3 keit ständig zu überprüfen sind. Mitteleinsatz und Mittelverwendung
4 müssen in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Langfristiges Ziel
5 der FDP ist die Reform der sozialen Sicherungssysteme und die Ein-
6 führung des Bürgergeldsystems im Sinne einer Zusammenführung
7 von Einkommensbesteuerung und steuerfinanzierten Sozialleistun-
8 gen sowie Abbau der verschiedenen Sozialbürokratien und die Zu-
9 ständigkeit bei den Finanzämtern.

10

11 **5.3. Ausbildungsplätze und Arbeitslosigkeit**

12 In Zeiten eines Mangels an qualifizierten Bewerbern für Ausbildungs-
13 und Arbeitsplätze unterstützt die FDP Main-Kinzig Initiativen des
14 Kreises, in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung, der
15 Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, den Betrie-
16 ben und den Schulen, um verstärkt arbeitssuchenden Jugendlichen
17 einen Ausbildungsplatz oder die Teilnahme an berufsqualifizierenden
18 Maßnahmen zu vermitteln. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist ein
19 qualifizierter Schulabschluss, der eine Berufsausbildung ermöglicht.

20 Der Main-Kinzig-Kreis sollte das Konzept eines "Ausbildungsverbun-
21 des" fördern, um vor allem im Bereich der kleinen und mittleren Be-
22 triebe vermehrt die Möglichkeit zu schaffen, qualifizierte Arbeitskräfte
23 auszubilden und weiter zu qualifizieren.

24

25 **5.4. Gesundheitspolitik**

26 In den Krankenhäusern des Main-Kinzig-Kreises sind alle Möglich-
27 keiten auszuschöpfen, auf der einen Seite die Kosten zu senken auf
28 der anderen Seite das hohe Qualitätsniveau aufrecht zu erhalten
29 und weiter zu entwickeln. Die FDP will deshalb eine enge Kooperati-
30 on zwischen den kreiseigenen Main-Kinzig-Kliniken und den Kran-
31 kenhäusern der Stadt Hanau. Wir streben eine gemeinsame be-
32 triebswirtschaftliche Führung besonders in den Bereichen Personal-
33 einsatz, Reinigung, Instandhaltung, Küche und Einkauf an. Dann gibt
34 es in diesem Verbund auch eine Zukunft für kleine Krankenhäuser.
35 Insbesondere sollte das Leistungsangebot zwischen den Häusern
36 abgestimmt werden, wo sinnvoll und notwendig auch kreisübergrei-
37 fend. Wir streben im Verbund der Kliniken ein möglichst umfassen-
38 des, effizientes Angebot an Krankenhausleistungen für die Bevölke-
39 rung unseres Kreises an. Zugleich soll geprüft werden, ob eine Priva-
40 tisierung der Main-Kinzig-Kliniken eine sinnvolle Option darstellt.

41 Der Kreis soll sich in Zusammenarbeit mit den Kommunen darum
42 bemühen, ein ausgewogenes Angebot an Haus- und Fachärzten im
43 gesamten Kreis anzubieten. Mit den Kassenärztlichen Vereinigungen
44 sind dahingehende Gespräche zu führen. Hierzu kann auch die Be-
45 reitstellung geeigneter kreiseigener Gebäude als Mietobjekte für
46 Arztzentren dienen.

47 Der Gesundheitsprävention kommt eine wichtige Bedeutung zu. Die

1 FDP unterstützt deshalb Suchtberatungseinrichtungen und Selbsthil-
2 fegruppen. Gerade im Drogen-, Alkohol-, Nikotin-, Ernährungs- und
3 Tablettenmissbrauch sieht die FDP eine zunehmende Gefährdung
4 der Gesundheit der Bevölkerung, der es vorzubeugen gilt.

5 6 **5.5. Integrationspolitik**

7 Ausländer, die legal in Deutschland leben, sollen die gleichen Le-
8 bensbedingungen erfahren, die auch für deutsche Bürger gelten.
9 Dies sollte auch im Main-Kinzig-Kreis sicherzustellen sein. Ausländer
10 und ihre Familien sollen durch Integrationsmaßnahmen in ihre Um-
11 welt eingegliedert werden. Zu diesem Zweck sind ihnen gezielte In-
12 formationen in der jeweiligen Landessprache zukommen zu lassen,
13 die sie über ihre sozialen und sonstigen Rechte und Pflichten sowie
14 über die Lebensbedingungen in ihrer Gemeinde aufklären.

15 Da Sprache langfristig über Erfolg und Misserfolg in Ausbildung und
16 Beruf und damit über die Lebens- und Integrationschancen der hier
17 lebenden Ausländer entscheidet, haben der Spracherwerb und die
18 Teilnahme am hessischen Bildungssystem frühzeitig ab dem Kinder-
19 gartenalter einzusetzen.

20 Der Erwerb der deutschen Sprache ist deshalb eine zwingende Be-
21 dingung für den Erfolg von Ausländern in Ausbildung und Beruf.

22 Für ausländische Kinder sind die im vorschulischen Bereich bereits
23 vorhandenen Fördermaßnahmen sowie an allen Schulformen weiter
24 auszubauen und private Initiativen zu fördern, damit diese Kinder
25 Sprachbarrieren rechtzeitig überwinden. Nur so können sie die für
26 ihre Zukunft wichtigen Qualifikationen erreichen und die Möglichkei-
27 ten der Integration wahrnehmen. Dazu gehört auch ein gegenseitig-
28 es Aufklären über die Kulturen. Eine verpflichtende Teilnahme am
29 gemeinsamen Schulunterricht ist nur möglich, wenn die Schüler die
30 deutsche Sprache im dafür erforderlichen Maße beherrschen.

31 Der Main-Kinzig-Kreis kann eine Vorreiterrolle als Modellregion In-
32 tegration einnehmen. Erfolgreiche Projekte aus dem Landespro-
33 gramm sollen nach Möglichkeit fortgeführt und in regelmäßigen Ab-
34 ständen evaluiert werden. Dazu kann auch eine bessere Verzäh-
35 nung von Schulen und integrativen Angeboten der Kommunen und
36 des Kreises beitragen. Diese sozialpolitische Aufgabe darf die Schu-
37 len aber nicht zusätzlich belasten, sondern muss ggf. durch zusätzli-
38 chen Personaleinsatz des Kreises ohne Neueinstellungen ermöglicht
39 werden.

40 41 **5.6. Seniorenpolitik**

42 Seniorenpolitik im Kreis schlägt sich vor allem darin nieder, dass der
43 Kreis dazu beiträgt, dass Senioren weiterhin kommunale Dienstleis-
44 tungen leicht erhalten können und im Rahmen des ÖPNV mobil blei-
45 ben. Altenpflege ist hingegen keine originäre Aufgabe, die der Kreis
46 übernehmen muss. Hier besteht durch die Angebote des Kreises
47 eine Konkurrenz zu privaten Dienstleistern und Angeboten von kari-

- 1 tativen Einrichtungen, beispielsweise des DRK. Der Kreis sollte des-
- 2 halb seine Aktivitäten in der Altenpflege zügig zurückfahren und
- 3 stattdessen sich auf wirksame Kontrollen in diesem Bereich als Auf-
- 4 sichtsbehörde konzentrieren.
- 5

6. Schul-, Bildungs- und Kulturpolitik

6.1. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Familie Hand in Hand

Die Bildung und Erziehung unserer Kinder beginnt mit der Geburt und ist zu allererst Aufgabe der Eltern. Um sie bei dieser Aufgabe bestmöglich zu unterstützen, muss die Partnerschaft von Familie, Krippe, Kindertagesstätte und Schule stärker aufeinander abgestimmt werden. Für uns steht bei allen Angeboten und Initiativen das Kind mit seinen individuellen Lernvoraussetzungen, seiner Persönlichkeit und seinem Entwicklungsstand im Mittelpunkt.

Ein Weg zur dauerhaften Einbindung der Eltern in die Bildungsbiografie ihrer Kinder soll der Ausbau von Familienzentren sein. Aus Sicht des Kindes muss das Bildungs- und Betreuungsangebot mit den Notwendigkeiten der elterlichen Berufstätigkeit in Einklang gebracht werden. Dies soll durch flexible und längere Öffnungszeiten der Familienzentren geschehen.

Möglichst unterschiedliche Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen sollen den Eltern ein Angebot machen können. Dadurch wird das eigenständige Profil einer Einrichtung weiterentwickelt und der Wettbewerb gefördert.

Eine ebenso wichtige Rolle spielen konstante Öffnungs- und Betreuungszeiten bei den Übergängen von der Krippe zur Kindertagesstätte oder Schule, insbesondere in den Ferien. Bezahlbare Betreuungseinrichtungen sind der Schlüssel, um den Kindern unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder religiösen Herkunft eine faire Bildungschance auf ihren Weg zu einem freien und selbstbestimmten Leben zu geben. Deshalb treten wir dafür ein, dass mittelfristig jedes Kind einen Bildungs- und Betreuungsgutschein ab dem ersten vollendeten Lebensjahr erhält.

6.2. Entwicklungsplanung für die Schulen

Das wertvollste Startkapital für junge Menschen ist eine gute, umfassende Bildung. Damit ist nicht nur das für den Start in ein erfolgreiches Berufsleben nötige Fachwissen gemeint, sondern auch Werteorientierung, Sozialverhalten und die Befähigung für selbständiges lebenslanges Lernen. Neben der landespolitischen Rahmensetzung bei Inhalten und Lehrerversorgung tragen die kommunalen Schulträger eine erheblich gestiegene Verantwortung zur Schaffung eines optimalen Lernumfelds und zur Unterstützung der Selbstständigkeit durch eigenverantwortliche Schulbudgets.

Die FDP fordert, dass der Main-Kinzig-Kreis und die Stadt Hanau eine gemeinsame, langfristige Entwicklungsplanung im Schul- und Bildungsbereich aufstellen und kontinuierlich fortschreiben.

Eltern sollen auch künftig im Main-Kinzig-Kreis die Möglichkeit haben, eine passgenaue Schule für die Begabungen ihres Kindes aus-

1 zuzusuchen. Durch Schulvielfalt ist die Bildungsvielfalt gewährleistet
2 und wird die Förderung der individuellen Bildung für alle Kinder nach
3 Neigung und Begabung unterstützt. Die unterschiedlichen Schulfor-
4 men müssen jedoch gewährleisten, dass alle Schulabgänger ihrem
5 Bildungsgang entsprechend einen vergleichbaren Wissenstand auf-
6 weisen. Deshalb hat die Ausstattung der Schulen für Liberale klare
7 Priorität bei der Schwerpunktsetzung kommunaler Haushalte. Libera-
8 le bevorzugen dabei nicht einseitig einzelne Schulformen.

9 Einheitlich definierte Bildungsstandards sind dabei unumgänglich.
10 Eine permanente Qualifizierung der Schulleitungen auf freiwilliger
11 Basis kann dazu beitragen, die Leistungsfähigkeit der Schulen im
12 Kreis zu steigern.

13 Mit der FDP wird es keine Beteiligung an ideologisch geführten
14 Schulformdiskussionen im Kreis geben, vielmehr soll ein breites An-
15 gebot von Schulformen, das sich bei der Schulentwicklungsplanung
16 an den Bedürfnissen der Schüler und Eltern orientiert, sicher gestellt
17 werden. Die FDP setzt sich dafür ein, dass das vielfältige Angebot
18 an Schulformen weiterhin Bestand hat. Dies schließt eine Hochbe-
19 gabtenförderung ebenso ein wie unterstützende Angebote für
20 schwache Schüler an Regelschulen. Ebenso sind auch Privatschu-
21 len eine grundsätzliche Bereicherung des Schulangebotes und damit
22 ein wichtiger Standortfaktor im Kreis

23 Die einzelne Schule vor Ort kann am besten beurteilen, welche
24 Lernangebote für ihre Schülerinnen und Schüler wirklich geeignet
25 sind. Sie muss sich in Pflichtunterricht und freiwilligen Angeboten
26 ihren Kindern anpassen und sich für das Umfeld öffnen können.

27 Um das zu erreichen brauchen Schulen die Möglichkeit einer eige-
28 nen Haushaltsführung. Sie sollen die Entscheidung über eine Investi-
29 tion in mehr Sachmittel oder mehr Hilfspersonal eigenständig fällen
30 können. Alle bisherigen Zuschüsse von Schulträger und Kultusminis-
31 terium fließen als Einnahmen in den schulischen Haushalt. Diese
32 eigenverantwortliche Budgetverwaltung ermöglicht den Schulen eine
33 bedarfsgerechte Personalentwicklung sowie eine vielfältige flexible
34 Schul- und Unterrichtsorganisation. Der Kreis soll hier aktiv die neu-
35 en Möglichkeiten, die von der Landesregierung geschaffen wurden,
36 aufgreifen. Eine Schwerpunktsetzung sollte bei Aufgaben erfolgen,
37 die dazu beitragen, die Erzieher und Lehrer von Koordinationsaufga-
38 ben zu entlasten.

39 Die FDP setzt sich für ein umfassendes Konzept vorschulischer Bil-
40 dung im Sinne der Kinderschule ein. Dazu gehören verbindliche Bil-
41 dungsziele in den Kindergärten und ein verpflichtendes Vorschuljahr
42 für alle fünfjährigen Kinder.

43 In der Kinderschule sollen besondere Begabungen, aber auch Wis-
44 sens- und Entwicklungsrückstände der Kinder erkannt werden und
45 durch individuelle Förderung möglichst gleiche Startchancen für alle
46 Kinder bei der Einschulung erreicht werden. Dies ist die beste Aus-
47 gangsperspektive für eine erfolgreiche Schullaufbahn und die not-
48 wendige Grundlage für ein sicheres Durchlaufen der weiterführenden

1 Bildungsgänge nach Neigung und Begabung bis zu einem Abitur
2 bereits nach 12 Jahren.

3 Im Grundschulbereich spricht sich die FDP für ein bedarfsorientiertes
4 ganztägiges Betreuungsangebot aus. Eine verpflichtende Ganztags-
5 schule wird abgelehnt, da der Staat nicht die Arbeit der Eltern erset-
6 zen kann und soll.

7 Für die Gymnasien im Kreis sind unterschiedliche Profile (sprach-
8 lich/naturwissenschaftlich/musisch) notwendig. Die dafür erforderliche
9 Ausstattung der Schulen ist vom Schulträger aktiv zu unterstüt-
10 zen.

11 Im Hinblick auf sämtliche Schulformen, insbesondere aber der beruf-
12 lichen Schulen unterstützt die FDP jegliche Form der Zusammenar-
13 beit mit öffentlichen Einrichtung, anderen Bildungsträgern sowie der
14 Privatwirtschaft (Praktika, „Patenschaften“).

15 Die Einrichtung von bedarfsorientierten Ganztagsangeboten im
16 Main-Kinzig-Kreis muss verstärkt ausgeweitet werden. Die Kreativität
17 zahlreicher Schulen auf der Angebotsseite und die Bedarfsnachfrage
18 auf Eltern- und Schülerseite haben die Erwartungen übertroffen. Da-
19 bei geht es nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
20 nach der demografischen Entwicklung allein schon ein Grund, son-
21 dern es geht auch – vor allem in städtischen Bereichen – um die
22 Vernachlässigung der Kinder außerhalb der Schule. Bei den Men-
23 senangeboten der Ganztagschulen muss der Kreis kontinuierlich
24 die Wirtschaftlichkeit prüfen und sicherstellen.

25 Kooperationen zwischen Kindergärten und Grundschulen sowie zwi-
26 schen Grundschulen und weiterführenden Schulen (gegenseitige
27 Besuche) sollten intensiviert und seitens des örtlichen Schulträgers
28 (Kreis) unterstützt werden.

29 Die im Qualitätssicherungsgesetz eingeführten Richtwerte für Schul-
30 klassen sind zwar der richtige Weg, bedeuten aber das Aus für man-
31 che gut arbeitende Schule. Ob eine Schule eine effektive Größe hat,
32 richtet sich in erster Linie nach den regionalen Gegebenheiten und
33 nach der Entwicklung der Schülerzahlen in der Region. Die vom Kul-
34 tusministerium vorgegebenen Zahlen sind als Planungsinstrument zu
35 unflexibel. Die FDP spricht sich deshalb für die Einführung von Regi-
36 onalkonferenzen des Schulträgers mit Eltern, Schulen und dem
37 Staatlichen Schulamt aus, die schulträgerübergreifende Lösungen
38 für ein differenziertes und wohnortnahes Schulangebot erarbeiten
39 sollen.

40 Das ehrenamtliche Engagement von Eltern, Lehrern, Ehemaligen in
41 Fördervereinen ist stärker zu fördern, um z.B. auch kleine Baumaß-
42 nahmen (Schulhofgestaltung etc.) schneller umzusetzen. Dazu zählt
43 auch, den Schulen mittels einer adäquaten Budgetierung (Zusam-
44 menfassung der Mittel von Land und Kreis) die Möglichkeit zu ge-
45 ben, selbständig zu handeln.

46 Für Schülerinnen und Schüler mit Behinderung müssen Fördermög-
47 lichkeiten je nach individuellem Handicap und Entwicklungsstand
48 angeboten werden. Der Kreis verfügt über ein Angebot an Förder-

1 schulen, die eine bestmöglich individuelle Förderung behinderter
2 Kinder durch qualifiziertes Personal und gute sächliche Ausstattung
3 garantieren. Dies wird von der FDP ausdrücklich befürwortet. Zu-
4 gleich sind die neuen Ansätze der Inklusion, also der Integration be-
5 hinderter Kinder in den Betrieb der Regelschulen, umzusetzen.

6 Ein wichtiger Bereich der Kreisleistungen in den Schulen ist die
7 Schulsozialarbeit. Diese muss vom Kreis in eigener Verantwortung
8 sichergestellt werden. Ebenso muss der Kreis seine Rolle bei den
9 Schulfahrten wahrnehmen. Für beide Aufgaben erhält der Kreis über
10 die Kreis- und Schulumlage die finanziellen Mittel.

11

12 **6.3. Schulbau**

13 Im Kreisgebiet sind ausreichend Schulen vorhanden. Viele dieser
14 Schulen wurden dank der Konjunkturpakete in den vergangenen
15 beiden Jahren modernisiert und renoviert. Der Kreis steht jetzt in der
16 Pflicht, diese Infrastruktur zu erhalten und zu pflegen. Hierauf muss
17 er seine Investitionen konzentrieren.

18 Neubaumaßnahmen für Schulen und schulische Einrichtungen sind
19 derzeit nur in sehr begrenztem Umfang erforderlich. Der Kreis muss
20 sich dabei an den prognostizierten künftigen Schülerzahlen orientie-
21 ren, wenn er Neubauten und Schulerweiterungen anstrebt. Auch der
22 Um- und Ausbau von Sporthallen sollte nur in dem erforderlichen
23 Maße erfolgen. Wenn diese Erweiterungen vor allem den Vereinen
24 in einer Kommune zugute kommen, sind diese Kommunen und die
25 Vereine an den Kosten angemessen zu beteiligen.

26

27 **6.4. Kulturförderung**

28 Ein vielfältiges Kulturleben trägt in besonderer Weise zur Lebens-
29 qualität in unserem Kreis mit seinen Städten und Gemeinden bei.
30 Künstlerisches Schaffen auf allen Gebieten und die Auseinanderset-
31 zung mit Kunst und Kultur fördern die individuelle und soziale Identität.
32 Liberale Kulturpolitik ist seit jeher offen für neue Wege und
33 Ideen. Gleichzeitig gilt es, unser kulturelles Erbe zu bewahren und
34 weiterzugeben.

35 Im Kreis wird die Kulturarbeit hauptsächlich von Bürgern getragen,
36 die in Vereinen und Initiativen ehrenamtlich das vielfältige kulturelle
37 Leben gestalten. Sie sind dabei auf Hilfe und Förderung durch
38 Kommunen und Kreis angewiesen. Die Kulturförderung des Kreises
39 ist daher ein integraler Bestandteil der Kommunalpolitik. Die FDP
40 setzt hierfür aber nicht allein auf finanzielle Leistungen des Kreises,
41 sondern möchte privates und ehrenamtliches Engagement, z.B. in
42 Form von Kulturvereinen, Stiftungen und Kultursponsoring, als wich-
43 tige Ergänzung staatlicher Kulturförderung stärker unterstützen.

44 Der Kreis muss neben seinen eigenen Initiativen, wie dem Kultur-
45 sommer, weiter die interkommunale Zusammenarbeit fördern und
46 die Kommunen und Initiativen koordinierend bei ihren Aktivitäten und
47 bei der Suche nach Sponsoren unterstützen. Die FDP setzt sich da-

1 für ein, kulturelle Netzwerke zwischen Vereinen, Kreis, Kommunen
2 und Institutionen zu bilden, um auf diesem Weg größere, finanziell
3 aufwendigere Projekte durchzuführen. Ebenso sollten Kulturbörsen
4 für den Austausch zwischen Kulturschaffenden, Institutionen, Kom-
5 munen und Kulturinteressierten – u.a. per Internet – angeregt wer-
6 den, um den Austausch von Ausstellungen, Veranstaltungen und
7 Ideen vor Ort zu fördern.

8 Kultur und Kulturpolitik bestimmen auch die Zukunftschancen der
9 jungen Generation. Die FDP setzt sich für eine frühe kulturelle För-
10 derung der Kinder ein und legt einen besonderen Schwerpunkt auf
11 die musisch-kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen. Es ist
12 wichtig, schon frühzeitig Interesse zu wecken sowie Kreativität und
13 Intelligenz zu fördern. Dies kann auf den Gebieten der Musik (Musik-
14 schulen), Kunst und Literatur; in Museen und Theatern, Volkshoch-
15 schulen und Vereinen in Zusammenarbeit mit Eltern und Schulen
16 geschehen.

17 Kunst und Kultur sind zudem sehr wichtige Standortfaktoren, insbe-
18 sondere bei der Wohnortwahl der Bürger. Kulturelle Einrichtungen
19 und ein breitgefächertes Angebot von Aktivitäten entscheiden nach-
20 haltig über das Image des Main-Kinzig-Kreises. Sie schaffen ein kre-
21 atives Umfeld, das ebenso ein bedeutender Vorteil im Wettbewerb
22 um die besten Köpfe und Investitionen wie Triebfeder für Innovatio-
23 nen ist. Kulturelle Ereignisse im Kreis können ferner Initialzündungen
24 für Vereinsgründungen und Kulturinitiativen sein, die das soziale und
25 gesellschaftliche Leben bereichern und wichtige Impulse für die wirt-
26 schaftliche Entwicklung darstellen. Die FDP bezieht daher die Kul-
27 turwirtschaft in die Entwicklung von Gemeinden und Stadtquartieren
28 im Kreis aktiv ein. Dies kommt auch dem Ausbau des Kulturtouris-
29 mus als wichtigem örtlichem Wirtschaftsaspekt zu Gute. Der Main-
30 Kinzig-Kreis hat hier gute Chancen im Wettbewerb innerhalb und
31 außerhalb der Region und bedarf deshalb weiter starker Unterstüt-
32 zung.

33 Trotz der in einigen Regionen zu erwartenden Bevölkerungsabnah-
34 me sollten Kulturangebote deshalb auch außerhalb der Ballungs-
35 räume im gesamten Kreisgebiet stabilisiert und erhalten werden.

36

37 **6.5. Ansiedlung von Berufsakademien vorantreiben**

38 Um der drohenden Bevölkerungsabnahme in einigen Regionen des
39 Kreises entgegenzuwirken setzt sich die FDP Main-Kinzig für ein zu-
40 sätzliches Bildungsangebot im tertiären Sektor ein. Jungen Men-
41 schen ein regionales Hochschulangebot im Main-Kinzig-Kreis zu bie-
42 ten ist nötig, um langfristig einem Fachkräftemangel in der Region
43 entgegenzuwirken. Dies dient der Stärkung des Kreises, bindet Po-
44 tenzial der Menschen an die Region und schafft Standortvorteile für
45 die regionalen Unternehmen. Außerdem kann dies die Ansiedlung
46 von neuen Unternehmen erleichtern und so neue Arbeitsplätze
47 schaffen. Ein breites Bildungsangebot, mit größtmöglicher Wahlfrei-
48 heit, ist ein Kernanliegen der FDP.

1 7. Freizeit, Erholung und Sport

2

3 Menschen brauchen Freiheit um sich zu entfalten. Die FDP fordert
4 die Förderung von künstlerischer oder sportlicher Betätigung, der
5 Freizeit und Naherholung, soweit es die Haushaltssituation zulässt.
6 Hier kann vor allem eine geeignete Unterstützung durch die Verwal-
7 tung oft mehr bewirken, als finanzielle Leistungen.

8 Die FDP fordert eine enge Kooperation des Kreises mit den Kom-
9 munen auf dem Gebiet der Gestaltung des Freizeit-, Erholungs-, Kul-
10 tur- und Sportgeschehens eine enge Kooperation und einen Wett-
11 bewerb. Dieser darf aber nur zur Verbesserung der Angebote für den
12 Bürger und nicht zu politischer Besserwisserei und Selbstdarstellung
13 Einzelner führen.

14 Eine gut funktionierende Vereinsstruktur ist das Herzstück jeder
15 Freizeit- und Sportgesellschaft. Die Aufgabe der Vereinsförderung
16 muss so nah wie möglich bei den Vereinen angesiedelt werden. Sie
17 ist daher in die Hände der Kommunen zu legen. Der Kreis sollte
18 auch hier den interkommunalen Dialog unterstützen.

19 Die Förderung des Ehrenamtes drückt die Anerkennung aus, die
20 eine Gesellschaft den vielen Aktiven zuteil kommen lassen sollte.
21 Ohne dieses Engagement wäre unser Zusammenleben, wie wir es
22 erleben, nicht möglich. Unsere Gesellschaft wäre um vieles ärmer.
23 Daher ist das Instrument der Ehrenamtscard weiter zu nutzen, um
24 diese Anerkennung spürbar werden zu lassen.

25

1 **8. Umwelt**

2
3 Der Umweltschutz stellt keinen Gegensatz zu einer langfristigen
4 Wirtschafts-, Agrar- und Strukturpolitik dar. Er ist vielmehr notwendige
5 Ergänzung und langfristige Voraussetzung.

6 Bei Eingriffen in den Naturhaushalt sind sinnvolle und ausgewogene
7 Ausgleichsmaßnahmen zu ergreifen, die auch den Bedürfnissen von
8 Natur und Umwelt gerecht werden.

9 Eine ordnungsgemäße Land- und Forstwirtschaft leistet einen wich-
10 tigen Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft und ihres Erho-
11 lungswertes. Deshalb ist eine Bodenbewirtschaftung dort zu gewähr-
12 leisten, wo ein öffentliches Interesse an der Pflege und der Offenhal-
13 tung von Flächen besteht, wenn diese aus der landwirtschaftlichen
14 Produktion ausscheiden (Grundwasserneubildung).

15 Der Kreis mit seinen wertvollen Naturräumen muss durch Zusam-
16 menarbeit mit den Städten und Gemeinden eine in sich geschlosse-
17 ne Planungskonzeption erreichen. Die FDP unterstützt die Maßnah-
18 men des Natur- und Landschaftsschutzes dann, wenn diese im
19 engsten Einvernehmen mit dem Eigentümer und Nutzer der betrof-
20 fenen Flächen erfolgen. Einrichtungen in Schutzgebieten, die Be-
21 standsschutz genießen, muss die Möglichkeit zur Weiterentwicklung
22 gestattet bleiben, wenn dies nicht im Widerspruch zum Schutzziel
23 steht.

24 Die FDP fordert:

- 25 - Die Aufstellung eines Umweltkatasters für den gesamten Kreis
26 mit allen relevanten Daten in Zusammenarbeit mit anderen Be-
27 hörden und Fachverbänden. Dabei muss die landwirtschaftliche
28 und forstwirtschaftliche Nutzung gleichrangig mit Natur und
29 Landschaftsschutz gesehen werden,
- 30 - Entwicklung und Durchführung eines geschlossenen Hochwas-
31 serschutzkonzeptes für den gesamten Main-Kinzig-Kreis.
- 32 - Die Prüfung von kommunalen Satzungen, Steuern und Gebüh-
33 ren hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Umweltverhalten
34 der Bürger.

35 Der Lärmschutz hat für das Wohlbefinden der Bürger eine hohe Be-
36 deutung. Es ist eine Aufgabe der Planung im Kreis, darauf zu ach-
37 ten, dass bei der Erstellung Lärm verursachender Einrichtungen ein
38 ausreichender Lärmschutz vorzusehen ist. Hierzu kann auch die
39 Erstellung von Lärminderungsplänen dienen.

40 Der Kreis wird den Einsatz erneuerbare Energie und CO₂-
41 Einsparungen nur dort vorantrieben, wo dies wirtschaftlich sinnvoll
42 ist. Bei Neubauten werden die geltenden Standards (z.B. Passiv-
43 hausstandard) eingehalten, aber nicht übererfüllt.

1 **9. Ver- und Entsorgung**

3 **9.1. Wasserwirtschaft**

4 Grundwasser und Oberflächengewässer müssen zur Sicherung des
5 Trinkwassers geschützt werden. Der Main-Kinzig-Kreis muss ein
6 Wassersicherungsprogramm und einen Abwasserbeseitigungsplan
7 in Abstimmung mit den Städten, Gemeinden und Zweckverbänden
8 entwickeln.

9 In dünn besiedelten Gebieten ist die Schaffung von Kleinkläranlagen
10 zu prüfen. Diese weisen im Bezug auf die Reinigungsleistung wie
11 auch auf die Kosten Vorteile gegenüber langen Kanalwegen wesent-
12 liche Vorteile auf.

13 Die FDP unterstützt die Maßnahmen des Kreises zur grundwasser-
14 schonenden Bodenbewirtschaftung und setzt sich für die Fortset-
15 zung der Beratung der Landwirte beim Grundwasserschutz ein.

16 Die Renaturierung von Gräben und Bachläufen sowie Rückhalte-
17 maßnahmen zur Steuerung der Niedrig- und Hochwassermenge sind
18 sinnvolle Ergänzungen zu notwendigen Eindeichungsmaßnahmen in
19 unseren Ortslagen mit hoher Hochwassergefährdung.

20 Die FDP tritt für ein langfristig angelegtes raumplanerisches Flä-
21 chenmanagement zur Schaffung von verschiedenen Maßnahmen
22 ein, die schon im Bereich der weniger stark besiedelten Talauen den
23 Wasserabfluss bei Starkniederschlägen entscheidend verlangsamen.
24 Dazu sind die Konflikte zwischen den Interessen der landwirt-
25 schaftlichen Nutzung und der Bereitstellung von Überflutungsflächen
26 zu entschärfen. Mit der seit 2005 gültigen Kompensationsverordnung
27 deren Verordnungsziel die „Maßnahmen zur Renaturierung von
28 Fließgewässern einschließlich der Uferbereiche“ ist, kann auf freiwilliger
29 Basis und mit privatrechtlichen Vereinbarungen ein Flächenma-
30 nagement im öffentlichen Interesse unterhalb der Schwelle einer
31 Flurbereinigung und ohne großen Kostenaufwand erfolgen, das den
32 Zielen des vorbeugenden Hochwasserschutzes gerecht wird und
33 dabei die Belange der Landwirtschaft in den Überschwemmungsge-
34 bieten berücksichtigt.

36 **9.2. Abfallwirtschaft**

37 Die Abfallmengen haben, durch frühzeitigen Einstieg des Kreises in
38 die Getrenntsammlung und Aussonderung wieder verwertbarer An-
39 teile, im Main-Kinzig-Kreis ein niedriges, stabiles Niveau erreicht.
40 Auch Maßnahmen wie das Duale System und das Kreislaufwirt-
41 schaftsgesetz haben die Wiederverwertungsquoten erhöht. Die FDP
42 bevorzugt in der Abfallwirtschaft privatrechtliche Lösungen. Dabei gilt
43 es jedoch, monopolistische Strukturen wie das Duale System, durch
44 Zulassung von Wettbewerb zu überwinden.

45 Die kommunalen Betriebe und Kreisbehörden sollen in ihren Berei-
46 chen auf die Vermeidung von Abfall Wert legen und sparsam mit

1 Rohstoffen umgehen. Die Sammelstellen der Kommune für Batte-
2 rien, Medikamente, Kompostabfälle und Kleinmengen bei Sonderab-
3 fall und ein ausreichendes Containernetz für Glas, Papier und Metal-
4 le unterstützen die Bemühungen, den Schadstoffeintrag in Deponien
5 zu reduzieren und das Recycling zu fördern.

6 Im Kreisgebiet gibt es einige Altablagerungen, die es zu sanieren gilt.
7 Hierbei gilt es, die Gefahren durch Schadstoffeintrag in das Grund-
8 wasser zu beseitigen und die Gelände wieder nutzbar zu machen.
9 Da die Beseitigung dieser Altlasten vom Kreis und den Kommunen
10 alleine nicht zu finanzieren sind, muss Unterstützung durch die Wirt-
11 schaft sowie Bund und Land gesucht und gefordert werden.

12

13 **9.3. Energieversorgung**

14 Die FDP unterstützt die Entwicklung eines Energiemixes durch die
15 Entwicklung verschiedener Energieträger im Kreis. Sie befürwortet
16 daher sowohl die geplante Erweiterung des Kohlekraftwerkes Stau-
17 dinger wie auch die Errichtung von Windkraftanlagen an windreichen
18 Stellen im Kreisgebiet. Ebenso sollten Biogasanlagen im Kreisgebiet
19 errichtet werden, soweit diese umweltverträglich erschlossen, errich-
20 tet und betrieben werden können. Neben der Bereitstellung von
21 Energieerzeugungsanlagen müssen aber auch die Trassen für die
22 Energieverteilung bereitgestellt werden. Der Kreis muss die entspre-
23 chenden Planungen auf dem Kreisgebiet unterstützen.

24 Die FDP spricht sich für den Ausstieg aus der Main-Kinzig-Gas
25 GmbH über einen Verkauf der dem Kreis zuzurechnenden Anteile
26 aus. Aus dem Verkaufserlös sind die Verbraucher zu entschädigen.
27 Das Versorgungsunternehmen hat in der Vergangenheit ausschließ-
28 lich für politische Schaukämpfe der Großen Koalition gedient, ohne
29 dass den Kunden dadurch ein Nutzen entstanden ist. Dies wurde
30 besonders deutlich im Zusammenhang mit den überhöhten Preisen,
31 die die Main-Kinzig-Gas von Ihren Kunden verlangt hat und die sie
32 auf gerichtliche Anordnung hin zurückzahlen muss.

33 Grundlegend spricht sich die FDP, nicht zuletzt vor dem Hintergrund
34 des Negativbeispiels Main-Kinzig-Gas, gegen jedwede Versuche
35 eines flächendeckenden Erwerbs von Versorgungsunternehmen o-
36 der Teilen davon, im Volksmund verharmlosend „Rekommunalisie-
37 rung“ genannt, aus. Vielmehr setzt sich die FDP auch im Main-
38 Kinzig-Kreis dafür ein, durch weitergehende Veräußerungen von
39 kommunalen Unternehmen und den damit anfallenden Privatisie-
40 rungserlösen konsequent den immensen Schuldenberg des Kreises
41 weiter abzutragen.

42

43 **9.4. Hochwasserschutz**

44 Dem Hochwasserschutz im Bereich der Kinzig und des Mains kommt
45 eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere im östlichen Kreis sind
46 entlang der Kinzig die Planungen für einen verstärkten technischen
47 Hochwasserschutz voranzutreiben und die erforderlichen Maßnah-

- 1 men umzusetzen. Zugleich sind Retentionsflächen vorzuhalten, die
- 2 bei Hochwasserlagen für eine Entlastung der Deiche und besiedel-
- 3 ten Gebiete sorgen.

1 **10. Sicherheit**

2

3 Die FDP will, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger vor Ort si-
4 cher fühlen; in ihrem Wohnumfeld, auf den Straßen, in den Grünan-
5 lagen. Das ist eine grundlegende Voraussetzung für eine freie Bür-
6 gergemeinschaft. Denn wer sich in seiner Gemeinde nicht sicher und
7 wohl fühlt, wird nicht für sie eintreten. Wir wissen auch, dass das Ziel
8 der Sicherheit vor Ort nicht ohne die Mithilfe aller zu erreichen ist.
9 Das schließt die Bürger mit ein.

10 Für Liberale heißt es: Hinsehen statt wegschauen! Der demokrati-
11 sche Grundsatz, sich „einzumischen in die eigenen Angelegenhei-
12 ten“, hat hier allerhöchste Bedeutung. Wir alle müssen selbst wieder
13 mehr Verantwortung übernehmen, aufmerksam sein gegenüber dem
14 Nachbarn - und nicht gleichgültig.

15 Zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung gehört neben der Bil-
16 dung und Stärkung der Präventionsbeiräte in den Kommunen auch
17 die Einrichtung eines Kreispräventionsbeirates sowie die verstärkte
18 Integration von Kindern und Jugendlichen - insbesondere von Zu-
19 wanderern - in die Gesellschaft. Für Liberale hat deshalb die Integra-
20 tions- und Jugendpolitik vor Ort hohe Priorität.

21 Der Main-Kinzig-Kreis muss sich dafür engagieren, eine personelle
22 Verstärkung der Schutzpolizei im Kreis zu erreichen. Gerade die Re-
23 form der Polizei durch die Landesregierung bietet hierfür neue Mög-
24 lichkeiten, die Präsenz vor Ort zu stärken. Der Kreis, vor allem im
25 Bereich Maintal und Hanau, leidet zunehmend unter der aus Frank-
26 furt verlagerten Kriminalität. Die FDP setzt sich nachdrücklich für den
27 Erhalt und die Verstärkung der Polizeistationen und -posten im Main-
28 Kinzig-Kreis ein.

29 Über die Kriminalitätsprävention und -bekämpfung hinaus setzt sich
30 die FDP für die Förderung und Unterstützung der örtlichen und regi-
31 onalen Opferhilfeeinrichtungen und Beratungsstellen und ihrer eh-
32 renamtlich tätigen Mitarbeiter ein.

33 Zur Steigerung der Effektivität der Rettungsdienste in den Kommu-
34 nen und im Kreis ist eine Zusammenfassung und Zentralisierung von
35 Rettungsdiensten, wo dies aus Aspekten der Sicherheit und Wirt-
36 schaftlichkeit geboten ist sinnvoll. Hier kann das Beispiel Langensel-
37 bold zeigen, wie der Schutz der Bürger noch weiter verbessert wer-
38 den kann. Solche Maßnahmen können aber nur im Einvernehmen
39 mit den vielen aktiven freiwilligen Feuerwehren und Rettungsdien-
40 sten umgesetzt werden.

41